

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt-Rieser
Gemeinl. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen bestellungsweises bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580.
Stroloff:
Rieser Nr. 52.

Nr. 285.

Mittwoch, 8. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Entretens von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Beauftragter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangor & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittlich, Rieser.

Rückblick auf Genf.

Wie schon von Dr. Stresemann wird auch heute noch in den maßgebenden deutschen Kreisen die Ansicht vertreten, daß Deutschland sich positiv zu den Völkerbundsarbeiten einstellen müsse, um dahin wirken zu können, daß die Verpflichtungen, die den Staaten im Völkerbund auferlegt sind, erfüllt werden. Man betrachtet den Völkerbund als ein Friedensinstrument, an dem auch Deutschland ein berechtigtes Interesse habe, zumal neben den offiziellen Versammlungen in Genf die Möglichkeit gegeben sei, mit den entscheidenden Persönlichkeiten der anderen Staaten politische Fühlung zu nehmen und Aussprachen herbeizuführen, die zu einer gegenseitigen Verständigung führen können. Aus diesen Gesichtspunkten heraus wird auch in den erwähnten Kreisen das Ergebnis der diesjährigen Tagung des Völkerbundsrats und der Völkerbundsversammlung beurteilt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß in der Saarfrage und in der Minderheitenfrage erhebliche Terrain gewonnen worden sei.

Das Reichskabinett hat die Haltung der deutschen Delegation in Genf durchweg gebilligt. In der Saarfrage bekämpfte die französische Regierung und deren Delegation das deutsche Verlangen, daß der Saarbahnschutz sofort beseitigt werde, weil er nach der Rheinland-Räumung gegenstandslos geworden sei. Aber auch die Regierungskommission des Saargebietes einigt, das deutsche Mittelstück hielt es doch für angebracht, daß anstelle des verschwindenden Bahnschutzes eine besondere Organisation als Ergänzung geschaffen werden solle. Es ist erreicht worden, daß das Reichskabinett den Bahnschutz nicht auf die lange Bank geschoben, sondern der Termin von drei Monaten festgelegt wurde, innerhalb welcher die ergänzende Organisation einzuführen ist. Bis dahin muß also der Saarbahnschutz als solcher vollständig verschwunden sein. In der Minderheitenfrage haben einige oberflächliche Minderheitsbeschwerden im deutschen Sinne zufriedenstellend erledigt werden können, und im übrigen ist eine Aussprache über das in der Madrider Völkerbundsversammlung festgelegte Verfahren für die Behandlung der Minderheitsbeschwerden geschlossen worden. Das es dazu gekommen ist, war dem deutschen Antrag zu verdanken, daß die Minderheitsfragen in der 6. Kommission besprochen werden sollen. Die deutsche Delegation hat dort Gelegenheit gehabt, ihren grundsätzlichen Standpunkt über den Minderheitenschutz eingehend und wirksam darzulegen. Eine Verbesserung des Madrider Verfahrens war allerdings zur Zeit noch ununtunlich, da die Geltungsdauer dieses Verfahrens, das erst vor fünf Jahren beschlossen worden ist, noch als zu kurz erschien, um Änderungen vorzunehmen. Aber es ist zu erwarten, daß in Zukunft von dem die Minderheitsbeschwerden behandelnden Dreier-Komitee nicht nur die betreffenden Regierungen, sondern auch die Petenten selbst angehört werden. Die Idee, die in Genf wieder von dem griechischen Vertreter hervorgehoben wurde, daß die Minderheitenfragen von der Assimilierungs-Theorie aus betrachtet werden müßten, dürfte als abgelehnt gelten, nachdem, ebenso wie vor einigen Jahren Chamberlain, auch der deutsche Vertreter diese Theorie abgewiesen hat.

Dem polnischen Außenminister Jaleski gegenüber konnte Dr. Curtius mit Erfolg den Standpunkt vertreten, daß die Grundidee des Minderheitenschutzes auch von den Staaten angewendet werden müßten, die nicht durch Minderheitenschutz-Verträge beschnitten seien. Wenn auch in der Minderheitenfrage ein positiver Beschluß nicht zustande gekommen ist, so ist doch der Bericht, den der Schweizer Rotta namens der Kommission erstattet hat und der in der Völkerbundsversammlung einstimmig gebilligt worden ist, als ein Fortschritt anzusehen. Die in Genf anwesenden Vertreter der Minderheiten haben auch der deutschen Delegation ihre Genehmigung über dieses Ergebnis ausgesprochen. In Bezug auf die Demeter-Beschwerden sind die beiden dringlichsten Punkte, die Zusammensetzung des Direktoriums in einer Weise, die den Wünschen der Bevölkerung entspricht, und die Organisation der für den 10. Oktober festgesetzten Wahlen zum weltweiten Landtag durch eine Aussprache mit den litauischen Vertretern in zufriedenstellender Weise geregelt worden. Unmittelbar nach den Wahlen soll das Direktorium neu gebildet werden.

Auch die Aussprache über die Abrüstungsfrage ist durch den deutschen Antrag herbeigeführt worden. Anfangs wurde allerdings durch die große Rede Briand, der wieder die Idee verlor: erst Schiedsgerichtsbarkeit, dann Sicherheit, dann Abrüstung, eine Verfestigung der Abrüstungsfrage bemerkbar, aber der deutsche Außenminister, der ebenso wie der Engländer Henderson die Abrüstung als die beste Sicherheit darlegte, verwies darauf, daß schon 1928 die Völkerbundsversammlung sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß die Abrüstungskonferenz alsbald kommen müsse und daß daher der letzte deutsche Antrag berechtigt sei, daß wenigstens ein Termin im Laufe des Jahres 1931 für den Zusammentritt der endgültigen Abrüstungskonferenz festgesetzt werden solle, da die vorbereitende Abrüstungskommission im November d. J. mit ihren Arbeiten zum Abschluß gelangen könne. Der deutsche Antrag ist allerdings nicht durchgedrungen, aber die deutsche Delegation hat ihren materiellen Standpunkt in der Abrüstungsfrage darlegen und ihn besonders dadurch unterstreichen können, daß auf alles das, was Deutschland für den Frieden durch den Locarno-Vertrag, die Schiedsverträge, den Kellogg-Pakt usw. geleistet habe, hingewiesen wurde. Die wirtschaftlichen Fragen, die in dem wirtschaftlichen Ausschuss behandelt worden sind, werden praktisch erst auf der für den November bevorstehenden Zollab-

Keine Auflösung des sächsischen Landtages.

(Dresden, 7. Oktober. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde als zweiter Punkt der Tagesordnung der nationalsozialistische und der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages behandelt. Nach mehr als zweistündiger Debatte kam es zur Abstimmung. Für die Auflösung stimmten die 18 Kommunisten und 18 Nationalsozialisten (ein nationalsozialistischer Abgeordneter war von der Sitzung ausgeschlossen worden) und die vier Deutschnationalen. Die 10 Wirtschaftsparteier enthielten sich der Stimme. Die übrigen 55 Abgeordneten sprachen sich gegen die Anträge aus. Die Anträge sind damit abgelehnt.

Der Sitzungsbericht.

III. Dresden, den 7. Oktober 1930.

Saal und Tribünen sind voll besetzt. Auf der Tagesordnung steht wieder einmal die

Wahl des Ministerpräsidenten.

Abg. Gehl (Soz.): Die widerspenstigen Parteien sollten heute zur Wahl des Ministerpräsidenten durch die Drohung mit der Landtagsauflösung gezwungen werden. Die Rechtsparteien sollten sich lieber einmal um den ungeheuren Schandrian in unserem Finanzwesen kümmern, z. B. darum, wie die Steuererhöhungen vor sich gegangen seien. Seine Partei werde die Bildung eines Untersuchungsausschusses beantragen, der beauftragt werden soll, diesen Skandal der Wirtschaftspartei bloß zu legen. In dieser Situation werde seine Partei die Anträge auf Auflösung des Landtages ablehnen. Der Redner rechnete weiter mit den Kommunisten ab, die sich als Zuträger der Reaktion bezeichnen. (Sehr lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten. Ordnungsrufe des Präsidenten.) Seine Partei habe ihre Mitarbeit an der Regierung ausgesetzt, wenn das sozialdemokratische Programm erfüllt werde. Eine nationalsozialistische Regierung werde seine Partei nicht fördern.

Abg. Kallert (Wp.): erklärt, die Fraktionen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, des Landvolkes, der Deutschen Volkspartei, Konservativen, Christlich-Sozialen, Volksrechtspartei und Wirtschaftspartei hätten sich dahin geeinigt, Dr. Brüggemann als Ministerpräsidenten vorzuschlagen. (Abg. Rufe links.) Dem von der Sozialdemokratie angebotenen Untersuchungsausschuss lehne die Wirtschaftspartei mit Ruhe entgegen.

Abg. Sandermann (R.) verliest eine längere Erklärung, in der die kommunistischen Forderungen aufgezählt werden.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Jetzt stehe das Brünings-Programm im Vordergrund aller politischen Ereignisse. In ihm müßten alle Parteien Stellung nehmen. In einem solchen Moment eine politische Regierung in Sachen bilden zu wollen, sei nicht richtig. Man möge jetzt sachliche Arbeit mit der geschäftsführenden Regierung leisten und vor allem dem Staat erlauben. Der Nationalsozialismus müsse von der Regierung ferngehalten werden. Wenn eine Regierungsbildung durchaus stattfinden solle, dann könnte nur eine überparteiliche sachmännische Regierung in Frage kommen. Seine Partei schlage deshalb den Minister Richter als Ministerpräsidenten vor. Dem Antrage auf Auflösung des Landtages würden seine Freunde jetzt nicht zustimmen. Es wäre ein schwerer Fehler, mit den Nationalsozialisten zu arbeiten, als mit den Sozialdemokraten. (Abg. Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Kasse (W. Nv.) erklärt: Dr. Dehnes Worte seien ihm aus dem Herzen gesprochen gemein. Seine Partei werde ebenfalls für den Minister Richter stimmen.

Das Haus schreitet hierauf zur Wahl, die bekanntlich folgendes Ergebnis zeitigt: Dr. Brüggemann 12, Reichstagsabgeordneter Hipfinger 12, Landtagsabgeordneter Renner 12 und Minister Richter 5 Stimmen. Keiner der Gewählten hat die erforderliche Mehrheit erhalten, die Wahl ist also, wie wir bereits gekennet gemeldet haben, wieder ergebnislos verlaufen.

Es folgt die Beratung über Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten

zur Auflösung des Landtages.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Wehner (R.) begründet in langer Rede vor leeren Bänken den kommunistischen Antrag.

Abg. Dr. Friisch (Nat.-Soz.) bezeichnet die Auflösung des Landtages als notwendig; die Wähler würden sich in ihrer Wehrheit gegen den Marxismus wenden. Der Marxismus könne nur ausgeschaltet werden, wenn die Nationalsozialisten die Macht im Staate erlangten — natürlich auf legalen Wege. Die Demokraten hätten anscheinend im Auftrage einer anderen Macht die Verpflichtung übernommen, keine Regierung des nationalen Widerstandes in Sachen aufkommen zu lassen. Kennzeichnend sei das Geständnis, das ihnen die Sozialdemokraten lieber seien als die Nationalsozialisten. (Abg. Rufe links.) ruft: Weil sie ehrlicher sind! Abg. Brüggemann (Wp.) entgegnet: Sie unerschämter Demagoge! Große Anrede. Der Präsident weist den Abg. Brüggemann aus dem Saale.)

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschaftsp.) meint, in diesem Hause gebe es nur noch wenige Menschen, die ihr Heil in der Demokratie sähen. Seine Partei wüßte den berufsmäßigen Staat. Er hoffe aber, daß es diesem Parlament, wenn man ihm Zeit lasse, noch möglich sein werde, eine nationale Regierung zu bilden. Den Oppositionsparteien sollte man Gelegenheit geben, das zu erfüllen, was sie ihren Wählern versprochen haben. Angesichts der Rede Dr. Dehnes stimmten seine Freunde heute noch nicht der Auflösung des Landtages zu, sondern enthielten sich der Stimme.

Abg. Gardt (Dsp.): Der Mehrzahl der Wähler sei es gleichgültig, ob die Regierung eine parlamentarische Grundlage habe oder nicht, wenn sie nur sauber regiere. Seine Partei stimme gegen die Auflösung.

Abg. Siegert (Dsp.): Seine Fraktion werde den Auflösungsanträgen zustimmen, denn sie könne die Groteske, wie man sie auch heute wieder erleben habe, nicht mehr mitmachen. (Zuruf: Hängen Sie sich hoch auf!) Nein, wir wollen den Landtag aufhängen! (Sehr lebhaft.) Es geht nicht an, einer geschäftsführenden Regierung Millionen zur Veranschlagung zu überlassen. Diese Regierung könne machen, was sie wolle, ohne daß sie gekürzt werden könne. Es frage sich, ob die geschäftsführende Regierung die Kraft des Widerstandes in sich fühle gegenüber den Plänen des Reiches, die Länder und Gemeinden anzuhebeln; ferner, ob sie auch den Volkungen von links auf die Dauer werde widerstehen können.

Nach längeren Schlussworten der Abg. Wehner (R.) und Studentenkopf (Nat.-Soz.) findet eine namentliche Abstimmung über die Auflösungsanträge statt. Die

Auflösung des sächsischen Landtages wird abgelehnt

mit 55 Stimmen, für Auflösung stimmen 30 Abgeordnete der SPD, Nationalsozialisten und Deutschnationalen. 10 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Nächste Sitzung, Donnerstag, den 8. Oktober, mittags 1 Uhr.

Eine Verichtigung Dr. Webers.

Ich, Dresden. Zu der Meldung eines hiesigen Korrespondenzbüros, der Abg. Dr. Weber habe im interfraktionellen Ausschuss sich schon gegen das Kabinett Schied gewandt, wird dem Lesenden Sachdienlich von Dr. Weber mitgeteilt, daß diese Behauptung in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Dr. Weber hat lediglich festgestellt, daß sich nicht einmal die Parteien an das Beamtenkabinett Schied noch gebunden fühlen, die jederzeit die Wahl Schieds ermöglichen haben. Das beweise ja auch die Mitteilung des Finanzministers Dr. Dehne, daß der Etat durch Beschlässe des Landtages schon um 10 bis 12 Millionen Mark überzogen worden sei, ohne die erheblichen Überziehungen der letzten Ausschusssitzungen. Die Wiederwahl des Beamtenkabinetts Schied sei nur möglich mit Hilfe der Sozialdemokratie, da die Nationalsozialisten das Kabinett Schied schon mehrfach abgelehnt hätten. Damit aber würde sich das Kabinett Schied auf die Parteien der Großen Koalition stützen. Eine politische Verschiebung nach dieser Richtung würde die Wirtschaftspartei aber nicht mitmachen, sie halte sich an die klaren Richtlinien ihrer Politik im Reich und im Lande.

Kein Unfall Briand

Paris, 8. Oktober.

Paris gibt bekannt, daß Außenminister Briand das Opfer eines Unfalls geworden sei. Dieses Gerücht entbehrt jeder Grundlage. Briand hätte das Zimmer wegen einer leichten Erkältung, die er sich in Genf zugezogen hat,